Ausgabe für Groß-Berlin

10 mnig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 12. Februar 1926
Freitag Morgen

Chefredakteur Dr Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 1979—5500. Postscheck: Berlin Nr 107 61. Inh „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,85 R M in Berlin durch Boten.

Mit beiliegen: Welt und Werk Wirtschaftsrundschau Weltberiehe Kraft und Stoff DIAS im Bilde.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

65. Jahrgang
12. 2. m Nr. 71 10 Pfennig

Lateinisch-slawische Einheitsfront gegen England.

Chamberlains ausweichende Antwort im Unterhause.

sx. **London**, 11. 2. (Eigenbericht.)

Der Streit um die Verwehrung der Ratssitze im Völkerbund wurde heute abend von Mac Donald zum Gegenstand einer Anfrage im Unterhaus gemacht. In Beantwortung dieser Frage gab Chamberlain die folgende Erklärung ab:

„Das Gesuch Deutschlands um Zulassung in den Völkerbund, hat, wie es sich wahrscheinlich unvermeidlich war, die ganze Frage der Zusammensetzung des Völkerbundsrats aufgerollt und anderen Nationen Anlaß zu Forderungen gegeben. Bevor jedoch diese Ansprüche förmlich vorgebracht sind und die Meinungen dafür und dagegen gehört sind, ist es unmöglich, eine endgültige Entscheidung über den Weg zu treffen, der den Interessen des Rates und des Völkerbundes am besten dient. Soweit es möglich ist, die Angelegenheit in ihrem augenblicklichen Stande zu verfolgen, findet sie die sorgfältigste Beachtung seitens der britischen Regierung. Wenn es möglich ist, weitere Mitteilungen zu machen, bevor ich im März zur Teilnahme an der Ratstagung nach Genf fahre, werde ich mich freuen, das zu tun. Aber ich glaube, der Fragesteller wird anerkennen, daß es sich um eine Angelegenheit handelt, die der Erörterung und der Entscheidung durch den Rat und die Vollversammlung des Völkerbundes unterliegt und über die eine

weitgehende Meinungsverschiedenheit

zunächst bestehen mag, daß es aber wünschenswert ist, die Gesichte, die in den betreffenden Staaten vorherrschen, und die Argumente, die diese Staaten anführen können, voll zu berücksichtigen. Es würde den ganzen Wert solcher gemeinsamen Beratungen untergraben und die Nützlichkeit und den Einfluß des Völkerbundes gefährden, wenn die Vertreter Englands oder anderer Länder im voraus durch enge Anweisungen gebunden würden, die jede gemeinschaftliche Vereinbarung unmöglich machen würden.

Auf eine weitere Anfrage von liberaler Seite erklärte Chamberlain, daß es sich

um mehr als zwei Wochen

handelt, die einen ständigen Sitz verlangen, daß er es jedoch ablehnen müsse, irgendetwas über die Haltung der britischen Regierung zu diesen Forderungen zu sagen. Von einem Labour-Abgeordneten wurde schließlich die schwierige Frage gestellt, ob die Pressebericte den Tatsachen entsprechen, wonach Spanien und Brasilien die Unterstützung Englands zur Erreichung eines ständigen Ratssitzes versprochen hätte. Chamberlain erwiderte kurz, er wünsche seiner Erklärung nichts hinzuzufügen.

Im auffallendsten ist wohl, daß Chamberlain nicht einmal in der Lage war, auf diese letzte Anfrage ein Dementi abzugeben. Aus französischer Quelle wird heute hier gemeldet, daß diese Frage den Hauptpunkt in den Pariser Besprechungen Chamberlains mit Briand gebildet habe. Im Zusammenhang mit dem gestrigen Besuch Wandervelde's bei Briand verlautet ferner, daß alle weiteren Anwärter auf einen ständigen Ratssitz Belgien aufgereten sei. Es wird hingefügt, daß es doch unbillig wäre, Belgien dem Risiko auszusetzen, bei der nächsten Wahl der nichtständigen Mitglieder ausgestoßen, während Deutschland einen ständigen Sitz habe.

Trotz aller Meinungsverschiedenheit zwischen London und Paris scheint Einigkeit darüber zu bestehen, daß die ganze Angelegenheit geregelt werden müsse, bevor Deutschland Mitglied des Völkerbundsrats ist und als solches durch sein Veto die Zusammensetzung des Rates mitbestimmen könne.

*

Der Vollzugsausschuß der Union der Völkerbundsfreunde, der heute unter dem Vorsitz Prof. Gilbert Murrays zusammentrat, erörterte den Vorschlag, Polen, Spanien und Brasilien ständige Sitze im Völkerbund zuzuweisen. Unter den Anwesenden befanden sich eine Reihe von Parlamentsmitgliedern. Der Ausschuß nahm folgende Entschließung an:

„Der Vollzugsausschuß der Union der Völkerbundsfreunde begrüßt vorbehaltlos den hervorstehenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Zuteilung eines ständigen Sitzes im Völkerbund an Deutschland. Der Ausschuß bedauert jedoch mit tiefer Besorgnis den Vorschlag, die Zahl der ständigen Mitglieder des Rats noch weiter zu vermehren, und fordert ernsthaft von der britischen Regierung angesichts der ernsten Gefahren, denen der gesamte Völkerbund infolge einer plötzlichen unbedachten Aenderung in der grundlegenden Verfassung des Rats ausgesetzt werden würde, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln jeder weiteren Vermehrung der Zahl der ständigen Mitglieder zurückzuziehen.

Die französische Auffassung.

Chamberlain zum Nachgeben bereit?

a. **Paris**, 11. 2. (Eigenbericht.)

Der Streit über die künftige Zusammensetzung des Völkerbundsrates nimmt auf alliierter Seite immer heftigere Formen an. Die Lage erscheint derart verwickelt und zugespitzt, daß für Deutschland alle Veranlassung besteht, darauf zu achten, daß sich die Weltmächte nicht etwa schließlich

auf Deutschlands Kosten

aus der Verlegenheit helfen. Man gewinnt den Eindruck, daß derartige Bestrebungen bereits im Gange sind, und daß Chamberlain persönlich obermals bereit scheint, den französischen Wünschen in weitem Umfange nachzugehen. Jedenfalls glaubt man auf französischer Seite die scharfen Stimmen, die in der Londoner Presse laut werden, dahin deuten zu können, daß sie nicht die Auffassung des englischen Außenministers wiedergeben, sondern daß es sich im Gegenteil um Opposition gegen die kranzhafte Politik Chamberlains handelt, die ja wie im ersten Stadium der Locarnohandlungen.

Die französische Politik verlangt nach wie vor den Beitritt zum Rat nicht nur für Polen, sondern auch für Spanien und Brasilien. Die Frage, ob Polen einen ständigen oder nichtständigen Sitz erhalten könne, wird dahin beantwortet, Polen müsse auf demselben Fuße behandelt werden, wie Deutschland, woraus sich ergibt, daß in gewissen Kreisen zum mindesten der Gedanke erwogen wird, entgegen allen gemachten Versprechungen auch

Deutschland mit einem nichtständigen

Sitz abfinden zu wollen.

Der „Temps" führt in einer Polemik mit Londoner Blättern aus, es sei nicht zu begreifen, worum die Interessen Englands bedroht sein sollten, wenn sich in Genf eine lateinisch-slawische Zusammenarbeit herausbilden solle. Wenn England an der Seite derjenigen Mächte bleibe, die den Versailler Vertrag verteidigten, so hätte es von dieser Entwickelung nichts zu befürchten. Wenn es aber eine andere Politik verfolgen wolle, so könnte man es den anderen Mächten nicht verübeln, wenn sie darüber wachen wollten, daß Deutschland seinen Einfluß innerhalb des Bundes nicht dazu benützen könnte, den Vertrag zu untergraben. Die Frage sei von außerordentlicher Bedeutung, und man müsse wünschen, daß im Interesse des Ansehens des Bundes eine vollständige, aufrichtige Verständigung erzielt werde.

Im allgemeinen wird deutlich erkennbar, daß

lateinisch-slawische Offensive unter Führung Frankreichs

gegen England im Gange ist. Das französische Manöver, das zur Vertagung der Entwaffnungskommission geführt hat, zeigt, daß die Stellung Frankreichs in diesem Kampf außerordentlich stark ist. Die Lage wird durch die seite Entwicklung der italienischen Politik noch in seltsamer Weise zugunsten Frankreichs verwickelt, und es besteht die Gefahr, daß der Völkerbund durch diese Entwicklung in seinem inneren Wesen eine derartige Veränderung erfährt, daß er nicht mehr dieselbe Organisation wäre, zu der Deutschland seinen Eintritt angemeldet hat.

*

„Temps" glaubt berichten zu können, daß die Meldung der Agentur Havas, Belgien fordere einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat, nicht den den Tatsachen entspreche.

*

Ueber den französischen Plan, die Genfer

Ratstätze zu verwehren,

liegt immer noch keine italienische Aeußerung vor. Die stets fest Italien auch in diesem Falle mit seinem Urteil zurück, und die Presse beschränkt sich weiter auf die Wiedergabe französischer und englischer Meinungsäußerungen.

Daß die französische Regierung die Gelegenheit der deutschen Aufnahmeforderung für ihre Zwecke gern mißbrauchen möchte, ist klar, aber Begeisterung scheint auf italienischer Seite nicht zu herrschen.

Deutschland und der Völkerbund.

sch. **Genf**, 11. 2. (Eigenbericht.)

Aus Anlaß des deutschen Aufnahmegesuches in den Völkerbund erinnern mehrere Blätter an die Tatsache, daß Bundesrat Motta am 15. September 1920 als scheidender Erstdelegierter auf der ersten Bundesversammlung die Teilnahme Deutschlands am Völkerbund energisch gefordert und hierbei die Worte gebrauchen hat: „Wir können zwei, drei und vielleicht mehr Jahre leben, ohne die Universität des Völkerbundes zu erreichen, aber wenn unsere Gesellschaft verurteilt wäre, allzu lange ein nicht universelle Gesellschaft zu sein, würde sie in sich selbst den Keim einer langsamen, aber unvermeidlichen Auflösung tragen."

Doumers Vermittlungsvorschlag.

a. **Paris**, 11. 2. (Eigenbericht.)

In der Finanzkommission der Kammer gelangte heute der vermittelnde Vorschlag des Finanzministers Doumer betreffend die Umwandlung der Besatzerrente in nominelle Titel zur Sprache. Doumer schlug in dem neuen Wortlaut seines Gesetzvorschlags die freiwillige Umwandlung sowohl mit Kuponbeziehungen vor. Nach längerer, recht lebhafter Beratung, in deren Verlauf der Generalberichterstatter der Kommission, auch auf harte Zeit beschlossen, wurde schließlich der Gesetzesvorschlag Doumer mit einigen unwesentlichen Abänderungen gegen die Stimmen der Sozialisten angenommen, nachdem sich Doumer verpflichtet hatte, den neuen Wortlaut des Artikels im Senat zu verteidigen.

Vandervelde bei Briand.

a. **Paris**, 11. 2. (Eigenbericht.)

Briand setzte heute seine Verhandlungen mit dem belgischen Außenminister Vandervelde fort. Die Unterredung, an der auch Kriegsminister Painlevé beteiligt war, begann sich auf die rheinische Besatzungsfrage. Vandervelde reist heute abend nach Brüssel zurück. In den Vormittagsstunden wurde der hiesige ungarische Gesandte von Briand empfangen.

*

kr. **Brüssel**, 11. 2. (Eigenbericht.)

Am Mittwoch hat die Kammer das Gesetz über das Washingtoner Abkommen bezüglich der Rückzahlung der belgischen Schulden an Amerika mit 115 gegen 6 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen.

Internationale Besprechung der Metallindustrie in Luxemburg.

kr. **Brüssel**, 11. 2. (Eigenbericht.)

Wie die „Nation Belge" erfährt, fand heute in Luxemburg eine Besprechung deutscher, belgischer, französischer und luxemburgischer Industrieller über die Bildung eines internationalen Kartells der Metallindustrie statt, das den sogenannten „Luxemburg-Pakt" ersetzen soll. Dieser Luxemburg-Pakt war nicht in Kraft getreten infolge des Scheiterns der Verhandlungen über einen französisch-deutschen Handelsvertrag.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Freudige Beruhigung in Italien.

Weil Dr. Stresemann auf ein weiteres Rededuell verzichtet.

fr. **Mailand**, 11. 2. (Eigenbericht.)

In den Abendstunden kommt aus Berlin die Nachricht, auf die man den ganzen Tag gewartet und gehofft hatte, daß nämlich Stresemann auf eine nochmalige Antwort verzichten wolle und daß damit also das parlamentarische Zwischenspiel beendet sei. Die Diplomaten hätten nunmehr wieder das Wort. Gleichzeitig aus Berlin erfährt der „Corriere della Sera" heute, daß der Botschafter Graf von Bondari auf seinen Posten heute abend zurückkehrt. Im übrigen führt sich die hiesige Presse noch etwas beunruhigt, weil noch so gut wie gar keine Aeußerungen der deutschen Presse über die geistige Rede Mussolini hier vorliegen. Ein Interview, das der Minister präsident „Geld der „Gazzetta del Popolo", der Turiner Fascistenblatt, gewährt, hat nur teilweise befriedigt, obwohl Held, der sich über die Wirkung seiner Rede „überrascht und besorgt" gezeigt haben soll, versucht habe, dem Aufsteger klar zu machen, daß seine Ausführungen von vorgestern keineswegs durchaus gemäßigt und friedlich gewesen wären. Weil er aber gewagt hat, zu sagen, die

deutsche Bevölkerbewegung

würde sofort aufhören, sobald das Regime in Südtirol sich bessere, wird er von der „Tribuna" als annähernd zurückgewiesen.

Halbamtlich wird unterstrichen, Mussolini interessiere sich noch weiter an dem Verlauf der Angelegenheit und lasse sich darüber dauernd berichten, nur Italien in stündiger Verteidigungsbereitschaft zu halten. Soweit wir bisher haben beurteilen können, fordert man deutsche Exportorganisationen oder Firmen zu Erklärungen über die italienfeindliche Kampagne in Deutschland auf.

Der kommissarische Verwalter der Stadt Bozen hat 100 000 Lire aus dem Stadtsäckel für die Presse zur Verfügung gestellt.

Die Presse trägt natürlich

allgemeine Siegesstimmung

zur Schau und spricht von „strategischen Rückzügen" und ähnlichem, und veröffentlicht übereinstimmende Zeitungsstimmen aus dem Auslande, die Mussolini gewissermaßen ein Lob zuteilen lassen sollen. Sie stammen nämlich aus der nationalistischen französischen Presse und dem bekannten Anhang aus der französischen Schweiz und aus Wien, aus der Londoner „Daily Mail" und der „Morning Post", welch letztere ein Interview mit Mussolini bringt, um aus der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune" ein Dementi zu machen.

Ungarn zur Temeschburger Konferenz.

Keine Einigkeit. — Keine Beschlüsse gefaßt.

kbg. **Wien**, 11. 2. (Eigenbericht.)

In den ungarischen Blättern findet die Temeschburger Konferenz der Kleinen Entente lebhaften Widerhall. Der Hinweis auf angeblich notwendige Sanktionen gegen Ungarn erweckt natürlich große Beschäftigung. Im übrigen heben die Blätter aber hervor, die Konferenz hätte erfolglos keine Einigkeit gezeigt und wäre zu keinen Beschlüssen gekommen. Die verschiedenen Aeußerungen, Ungarn werde freie Wahl bei seiner inneren Organisation durch die Kleine Entente gelassen, man würde jedoch nicht zulassen, daß ein Habsburger wieder den Thron besteige, werden mit viel Ironie wiedergegeben. In Prager Blättern haben die Aeußerungen Beneschs über den Abbruch der tschechisch-russischen Verhandlungen große Bewunderung ausgelöst. Die tschechischen Blätter bemühen sich, von einer „entfesselten Berichterstattung" zu sprechen, die eine vorübergehende Verschiebung in den Verhandlungen als einen Abbruch hinstelle. Im übrigen wird auch jede abweichende Meinung der Konferenz vermieden, die offensichtlich zu keinen Beschlüssen gelangen konnte, weil einheitliche Interessen immer deutlicher fehlen.

*

kbg. **Wien**, 11. 2. (Eigenbericht.)

Der tschechische Außenminister Dr. Benesch ist von der Konferenz in Temeschburg nach Belgrad gereist, um dort er sich zwei Tage aufhalten wird. Benesch wurde heute, wie die „Wiener Allgemeine Zeitung" meldet, von König Alexander empfangen und soll auch mit dem Ministerpräsidenten Paitsch wichtige Besprechungen abgehalten haben.

Reichslandbundvertreter beim Reichspräsidenten.

Am Donnerstag empfing der Reichspräsident Vertreter des Reichslandbundes aus den Provinzen Brandenburg, Pommern, Schleswig-Holstein, den beiden Mecklenburgs und aus Bayern unter Führung des Vorsitzenden des Mecklenburgischen Landbundes, Dr. Blendhausen. Dieser führte aus, daß die drängende Not der Landwirtschaft ihnen den Mut gegeben habe, sich an den Reichspräsidenten selbst zu wenden. Das Wort eines früheren Kanzlers lautete: „Kein Brot, kein Reparationen!" Die Zeiten Bismarcks nähmen aber dem deutschen Volke dieses Brot vor dem Munde weg. In Mecklenburg-Schwerin hätten 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe mit einem Besitz abgeschlossen, 18 Prozent seien bereits der wirtschaftlichen Notlage erlegen. Noch einmal so viel drohten schon in den nächsten Wochen zusammenzubrechen. Um dem deutschen Volke seine Nahrungsfreiheit zu verschaffen, habe die deutsche Landwirtschaft ihren Betrieb aufs äußerste intensiviert und durch übergroße Betriebsaufwendungen eine Riesenfehlbetrag auf sich genommen.

Nach diesen Ausführungen schilderten die Vertreter der einzelnen Provinzen und Länder die besondere Lage ihrer Heimatbezirke. Alle Ausführungen gipfelten in der Forderung nach Umwandlung der kurzfristigen Schuldverpflichtungen in einen langfristigen Realkredit.

Reichspräsident v. Hindenburg versicherte, daß er stets mit warmem Herzen der Landwirtschaft gedenke, daß er alle Kraft daransetzen wolle, der Landwirtschaft in ihrer schweren Notlage zu helfen.

Japan und die Sowjetunion.

Vollständige Einigung über die ostchinesische Bahn.

Riga, 11. 2. (Sonderdienst der „DAZ.")

In Verbindung mit dem Konflikt über die ostchinesische Eisenbahn legen Moskauer Kreise den Worten des japanischen Grafen Goto über ein vollständiges russisch-japanisches Einvernehmen große Bedeutung bei. Moskau legt die Rede des Grafen Goto dahin aus, er halte eine russisch-japanische Zusammenarbeit für möglich, falls die russischen Kommunisten die Tatsache anerkennen, daß die Mehrheit des japanischen Volkes antikommunistisch sei und falls Moskau seine Außenpolitik gegenüber Japan von der der kommunistischen Internationale freimache. Die japanischen Kommunisten verzögerten lediglich die wirkliche Annäherung zwischen dem offiziellen Japan und dem offiziellen Russland. In dieser Frage haben verschiedene ernste Besprechungen zwischen den führenden russischen Politikern stattgefunden, da man der Ansicht ist, daß der Eisenbahnkonflikt nur vorläufig beigelegt sei und jeden Tag wieder ausbrechen könne.

Man ist vielfach der Ansicht, Russland wolle sich in diesem Falle die Unterstützung eines anderen Staates oder auch mehrerer anderer Staaten sichern. Trotzki, dessen Einfluß auf die Außenpolitik jetzt wieder zunimmt, hält es für möglich, in den östlichen Fragen zu einer Art Einvernehmen mit Amerika zu kommen. Litwinow jedoch jedoch Japan vor.

Die Sowjetgesandtschaft in Riga hat der lettischen Regierung eine Note überreicht, in der sie sich über die Untersuchung des Mordes an dem Sowjetkurier beschwert und die wenig schlechte Drohung ausspricht, selbst Schritte zu unternehmen, falls Lettland die russischen Forderungen nicht erfülle und besonders die Sowjetregierung nicht dauernd über den Fortgang der Untersuchungen auf dem laufenden halte.

*

Hongkong, 11. 2. (Sonderdienst der „DAZ.")

Die australischen Banken in Schanhai, dem Fremdenviertel von Kanton, haben den Chinesen die Erlaubnis gegeben, ihre Geschäftsräume zu betreten und Geld für die Zwecke der Munitionsfabrikation abzuholen. Diese Gewährung seitens der Banken wird in Hongkonger Kreisen scharf kommentiert. Die Konsuln haben den Vorschlag zum Anlaß genommen, die bauernden Wiedereinrichtung der Banken in den Handelsangelegenheiten zu erreichen, die Regierung von Kanton hat jedoch nur eine Garantie für eine zeitweilige Rückkehr zur Arbeit in Aussicht. Dieser Neuaufnahmetransaktionen übernommen. Die Regierung erhält von jeder Gelabdebahung eine Steuer, die die Streikposten außerhalb der Tore von Schamin einkassieren.

Die Expedition der Kantontruppen im Norden wird vorläufig noch nicht als ernsthaft betrachtet. Agenten des Generals Mu Pei-fu und des Generals Sun Chuan-fang haben in Kanton aufgefallen und sollen dort Anhänger erhalten; das Zustandekommen eines solchen Bündnisses scheint jedoch mit Rücksicht auf Russland und General Feng unwahrscheinlich, als nicht unerwarteterweise die gemäßigten Elemente in Kanton durchdringen. Falls eine Beinbarung nicht zustandekommt, hält man es für möglich, daß Wu Pei-fu die Absicht hat, den Schlag auf Kanton zu führen und hat jene Basis einzurichten. Die Bewegungen der Kantontruppen zeugen von einer gewissen Unsicherheit.

*

a. **Paris**, 11. 2. (Eigenbericht.)

Die Reise Mustafa Kemals nach London wird hier mit den Gerüchten in Zusammenhang gebracht, daß zwischen Englands und der Türkei Unterredungen über das östliche Mittelmeer und besonders über die Türkei zustande gekommen sei. Man glaubt, Mustafa Kemal wolle angesichts dieser Sachlage versuchen, in unmittelbaren Verhandlungen mit Chamberlain zu einer Verständigung zu gelangen.

Mit dem fahrplanmäßigen Zuge 7.08 trat Innerstag abend der spanische Weltbesorger Polino auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein, wo sich etwa 200 Personen zur Begrüßung eingefunden hatten.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags.

	11. 2.	10. 2.		11. 2.	10. 2.
Tägl. Geld	5 %	5 %	Amsterd.	40,02	40,03¼
Berlin	23,80–23,82	23,80–23,82	London	19,25¼	19,25¼
Lon.	—,—	—,—	Oslo	20,33	20,32
Lissabon			Kopenhagen	18,82	18,75
Kanad. Pr.	4,86,37	4,86,37	Prag	2,96	2,96¼
Lat. Gold.	4,81,62	4,81,62	Wien	4,03¼	4,03¼
Paris	3,69,00	3,67,00	Madrid	14,11¼	14,08
Rom	4,54,60	4,54,00	Silber	66¼	67

New York, Produktenmarkt.

	11. 2.	10. 2.		11. 2.	10. 2.
Weizen Kansas	241/4	231	Baumwolle	5,50	5,50
Mai Mais	19½	19½	Kaffee Rio	36,00	36,00
Kürz.	18,85	18,37	Salvador Unzl.	15,00	15,024
Mai	17,96	18,07	Zucker	2,99	91
Juli	17,47	17,60	Am Raffinade	11,00	11,00
Sept.	17,05	17,16	Kürz	11,06	11,12
Dezbr.	16,80	16,96	Petroleum	18,40	18,40
Sommerweiz.	20,80	20,85	Tanks	8,00	8,00
Kürz.	20,30	20,36	Stand. wh.	15,00	15,00
April	20,02	20,07	Pennsylv. Bahn	3,65	3,65
Mai	19,76	19,81	Reading Kürz.	2,51	2,55
Juli	19,16	19,14	Mai	2,59	2,62
Schmalz	21,000	17,000	Juli	2,69	2,73
Dezbr. Chicago	141	141	Kupfer, exp.	67	64¾
Mai	64,00	64,00	Blei	6,65	6,65
Mai	9,25	9,25	Zinn	101	101¼
Juli	7,80	7,92	Gummi	95	95
Schweine	21,75	21,75	Chicago S. Rm.	20,18	20,23

	11. 2.	10. 2.		11. 2.	10. 2.
Weizen, Mai	1974	1958	Mais, Sp.	7,50	8,00
Kupferwerte	192¾	190¾	Schwein, Lagerl.	1/0-2/6 ab	1/9-2/6 ab
Mais	86	85¼	Kaufkraft	0,9 – 13 cts	9 – 13 cts

Chicago, Produktenmarkt.

	11. 2.	10. 2.		11. 2.	10. 2.
Weizen Mai	169¼	167¾	Sommer Mais	14,77¼	14,77¼
Juli	150¼	149¾	Gepeckt Mais	16,03	16,15
Mais Mai	81¼	80¾	Juli	16,50	16,50
Juli	84¾	83¾	Schweine, nächst.	12,90	12,20
Hafer Mai	41¼	41¾	Schweine, nächst.	13,85	13,75
Juli	42¼	42¼	Schweine, nächst.	12,00	11,70
Gerstenmehl	97¾	98	Schweine, nächst.	12,65	12,50
Juli	99	98¼	Schweine	35,000	18,000
Schweinefleisch	14,45	14,50	Rinder	105,000	117,000

Die Etatsdebatte.

Skepsis und Mißtrauen.

Der Reichstag setzte sich gestern mit dem Finanzprogramm auseinander, das Reichsfinanzminister Dr. Reinhold vorgelegt hat. Als Gesamteindruck ist zu sagen, daß alle Parteien sich ihre Entschließungsfreiheit vorbehalten, daß aber darüber hinaus, und zwar auch bei den Regierungsparteien, die Unerschütterlichkeit Mut von Skepsis, so, man kann wohl sagen, von Mißtrauen gegenüber den vom Minister gemachten Vorschlägen zutage trat. Für das Zentrum sprach der Abgeordnete Erfing, der seine Rede mit der etwas ernüchternden Feststellung einleitete, er hoffe, der Finanzminister werde die Reichsfinanzen ebenso gesichert hinterlassen, wie er sie vorgefunden hat, falls er eines Tages sein parlamentarisches Schicksal ereilt werde. Nicht minder beachtlich war seine Bemerkung, daß der Betriebsmittelfonds, den der Finanzminister bereitstellt für die laufenden Ausgaben heranzuziehen will, in den Etat aufgenommen werden müsse, damit nicht eines Tages ein populär sein wollender Finanzminister diese Summe einfach verbrauche. Bezüglich der Möglichkeit, Anleihen aufzunehmen, wünsche er der Regierung Glück. Was aber solle geschehen, wenn der Plan fehlschlage? Von der Besserung der Wirtschaftslage und der Verantwortlichkeit des Parlaments hänge die Ausbalancierung des Etats ab, und es sei zu wünschen, daß dieses Verantwortungsbewußtsein stärker sei als das süße Gift der Popularitätshascherei.

Für die Volkspartei sprach Dr. Cremer, der die Frage nach der Entwicklung der Wirtschaftslage mit einem großen Fragezeichen versah und die optimistischen Voranschlagungen des Finanzministers durchaus nicht restlos anzuerkennen schien. Man stünde sich klar darüber sein, daß man im Begriff stehe, die letzten Reserven des Deutschen Reiches restlos in das Feuer der Ausgabewirtschaft hineinzuwerfen.

Es dürfte demnach heute schon zweifellos sein, daß der Minister mit seinen Finanzvorschlägen keinen einfachen Stand im Parlament haben wird. Und das ist gut so.

*

Präsident Löbe eröffnete die Sitzung am Donnerstag gegen 2½ Uhr, und das Haus trat in die Aussprache über den Reichshaushalt für 1926 und die Etatsreden des neuen Finanzministers ein.

Als erster Redner betrat der Deutschnationale Hergt die Tribüne. Er bezeichnete das Fehlen des neuen Finanzministers, dessen Fassung sehr bald aufgehoben könne. 550 Millionen Morgengabe und dann noch ein ganzer Sack voll guter Vorsätze und Sentenzen: das werde zwar eine Wirkung auf die große Menge ausüben. Man könne aber nicht anders sagen, als daß dieser Projekt Dr. Reinholds in scharfem Gegensatz zu der vorsichtigen und abwägenden Gebarung seines Amtsvorgängers (Hilferding, Linksrufe) stehe. Man vermisse die sorgsame Abwägung aller Maßnahmen, die der frühere Reichsfinanzminister walten ließ. Die Ausgaben seien nach Dr. Reinhold nur auf das eine Jahr 1926 zugeschnitten worden, aber auch da sei es nur ein Blick der goetzischen Vorsicht, der heute fehle. „Was wir von dem, was der Finanzminister vorgetragen hat, findet auch unsere Billigung. Wir scheint, das entscheidende Wort, das Wort der Vorsicht, unserer Ueberzeugung war, sondern nur die Einlösung des von seinem Parteigenossen Dr. Fischer bezogenen Wechsels, die Ist eine Wissenschaft, daß unserer Wirtschaft zu viel Blut abgezapft worden ist, so daß für Schonung bedarf. Nichts war selbstverständlicher als der Gedanke einer Steuererleichterung für die notleidende Wirtschaft.

Der Vorwurf, daß auf Kosten der Wirtschaft eine Theorie der Steuerhinterziehungen fortgesetzt habe, richtet sich vor allem gegen die Regierung von 1924. (Zustimmung rechts, Lachen links.) Auch die Deutschnationalen Volksparteiler ist für Steuerermäßigungen, insoweit deckt sich das, was wir wollen, mit dem, was der Finanzminister vorgetragen hat. Aber nun kommen die Bedenken. Wir verlangen Gewißheit dafür, daß nicht etwa heute Steuererleichterungen geschaffen werden und morgen wieder eine Erhöhung der Ausgaben eintritt. Wir haben Vorschläge gemacht, die von dem Finanzminister leichtgenommen gewürdigt werden sollen. Was soll 1927 werden? Der Reichsfinanzminister hat zwar die Festlegung des Zuschlagsrechts für die Länder durch Gesetz vorgesehen. Aber es ist zu bezweifeln, ob das die aufgegebene Tätigkeiten erfüllen kann. Ins Blaue hinein kann doch unmöglich den Ländern das Zuschlagsrecht gegeben werden."

Die Vorschläge des Reichsfinanzministers ergeben eine gewisse Unsicherheit des Verhältnisses zwischen dem Reich einerseits und den Ländern und Gemeinden andererseits. Für die Deckung des Ausfalls gibt der Reichsfinanzminister einen gewissenhaften Rathschlag, indem er die 47 Millionen Reserven aus dem Schuldendienst und die nur 251,9 Millionen aus dem Betriebsfonds angreifen will. Aber diese Mittel sind, soweit sie die Reichsverwaltung nicht angeblicklich brauchen, angelegt worden. Sie stellen so ein Mittel zur Hebung unserer Wirtschaft dar. Der neue Reichsfinanzminister hat überseben, daß sein Projekt die Wirtschaft, für die er auf den einen Seite ein so warmes Herz bezeigen hat, auf der anderen Seite schwer schädigen muß. (Zustimmung rechts.) Warum bisher nicht ein Teil des außerordentlichen Etats von 1450 Millionen Mark auf Anleihe genommen wurde? Man hat sie nicht placieren können.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Der beliebte Reichsfinanzminister.

„Na also!" bemerkt befriedigt der deutsche Steuerzahler; und eine mehr parteipolitisch als finanzpolitisch urteilende Presse behandelt die Steuerermäßigung, die der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold angekündigt hat, sozusagen als das Ei des Kolumbus. Eigentlich müßte man sich darüber wundern, daß nicht schon einer von den Vorgängern dieses Kolumbus-Ei aufgeklopft hat. Denn gibt es etwas Einfacheres, als daß ein Finanzminister sich durch solche Milderungen der Steuerlasten beliebt macht?

Aber wer Dr. Reinholds Reformprogramm in dieser Weise auslegt, der tut sowohl ihm, dem neuen Reichsfinanzminister, wie seinem Amtsvorgänger Unrecht. Es ist herbei völlig belanglos, daß der jetzige Finanzminister aus der Demokratischen Partei hervorgegangen ist, und daß der frühere sich den Deutschnationalen zugeklärt. Im Finanzwesen gelten nur die Regeln von Soll und Haben. Es führt eine konsequente Linie von der Amtstätigkeit des damaligen Reichsfinanzministers Dr. Luther über die von Dern v. Schlieben zu der von Dr. Reinhold, die ja gleichfalls unter dem Zeichen der Kanzlerschaft Dr. Luthers steht. Man mache sich klar, in welcher Hinsicht Dr. Reinhold die Linie festhält und an welcher Stelle er von der Praxis seines Vorgängers v. Schlieben abweichen will:

Daß die Gesamtsteuerlast in Deutschland zu schwer ist, daß auf ihre Erleichterung hingearbeitet werden muß, das ist keineswegs eine neue Entdeckung. Aber kein Finanzminister ist imstande, einfach aus gutem Willen heraus die Steuerlast zu ermäßigen. Sondern er ist dabei an die Vorbedingung gebunden, daß die öffentlichen Ausgaben um den entsprechenden Betrag herabgedrückt werden. Denn Einnahme- und Ausgabeseite des Haushalts müssen unter allen Umständen im Gleichgewicht bleiben. Bisher wurde auf Einschränkung der Ausgaben hingearbeitet, damit eine Ermäßigung der Steuereinnahmen vorgenommen werden könne. Dr. Reinhold kehrt jetzt das Verfahren um: er setzt sofort die Steuereinnahmen herab in der Hoffnung, daß es ihm hinterher noch rechtzeitig gelingen wird, die Ausgaben entsprechend herabzudrücken. Es ist ein kühnes Wagnis, das er unternimmt. Mißlingt es, dann wird die schnelle Einführung neuer Steuerlasten nötig werden. Der neue Reichsfinanzminister spekuliert auf künftigen Erfolg seiner Sparsamkeitspolitik. Herr v. Schlieben hatte eine vorsichtigere Methode gewählt: er hatte erst den Erfolg der Sparsamkeitspolitik abwarten wollen, ehe er die Steuererleichterungen vorsahe.

Die Sparsamkeitspolitik, die hrer treiben werden soll, ist unter dem neuen Reichsfinanzminister bis in alle Einzelheiten dieselbe, wie sie es unter dem alten war. Für unsere Leser waren diese Programmpunkte Dr. Reinholds keine Neuigkeiten: Es handelt sich um dieselben Forderungen, auf deren Dringlichkeit wir immer und immer wieder hingewiesen haben, um offene Fragen, deren längst schon fällige Erledigung durch Regierungskrisen und parlamentarische Unzulänglichkeiten immer wieder in bedauerlicher Weise hinausgeschoben worden ist. Der neue Reichsfinanzminister wird hier in beschleunigtem Tempo durchgreifen müssen. Er hat durch Vorwegnahme der Steuerermäßigung sozusagen die Schiffe hinter sich verbrannt.

Um sparen zu können, muß man zunächst einen Ueberblick über seine Ausgaben haben. Der jetzige Zustand, daß eine überstürzliche und flaue Finanzpolitik über die den deutschen Reichsbürger vom Reich, den Ländern und den Gemeinden aufgebürdeten Steuerlasten nicht existiert, ist unerträglich. Der unter der Amtsführung des vorigen Reichsfinanzministers ausgearbeitete Plan einer einheitlichen Finanzstatistik ist durch partikularistische Aengstlichkeiten im Reichsrat vertrödelt worden. Hier will Dr. Reinhold den Hebel ansetzen, und er tut daran. Es ist falsch, wenn die Gegner einer solchen vernünftigen Ordnung von einer angeblichen Reichskontrolle über Länder- und Gemeindefinanzen sprechen. Nicht das Reich will eine Kontrolle haben, sondern der Steuer